

Energieszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1989)**

Heft 3: **Elektrohaushalt : Kochherd : Kühlschrank : Waschmaschine**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz Von den schweizerischen Kernanlagen sind im vergangenen Jahr 32 «besondere Vorkommnisse» gemeldet worden, die aber ohne schädliche Auswirkungen für das Personal oder die Bevölkerung blieben. In ihrem Jahresbericht 1988 gelangt die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK des Bundesamtes für Energiewirtschaft insgesamt zur Note «gut». Der Aufsichtsbehörde wurden letztes Jahr pflichtgemäss 32 besondere Vorkommnisse gemeldet, gegenüber 29 im Vorjahr. Dabei handelte es sich um nicht geplante Reaktorabstellungen, bei Prüfungen entdeckte Unregelmässigkeiten, Kontaminationen mit radioaktiven Stoffen, Überschreitungen einer Wochen-Abgabelimite usw. Von besonderen Vorkommnissen wurden die einzelnen Anlagen allerdings in recht unterschiedlichem Masse betroffen: An der Spitze stand auch in seinem vierten Betriebsjahr wieder das KKW Leibstadt mit 13 (Vorjahr 10) derartigen Ereignissen vor Mühleberg mit 6 (4), Gösgen mit 4 (3), dem Paul-Scherrer-Institut PSI in Villigen/Würenlingen mit ebenfalls 4 (0), Beznau II mit 3 (8) und Beznau I mit 2 (4). Von den Kernkraftwerken verzeichnete nur Leibstadt ein Vorkommnis der Klasse A, der Ereignisse mit erheblicher Beeinträchtigung der Sicherheit von Anlage, Personal oder Umgebung bzw. das Überschreiten einer Abgabelimite zugeordnet werden. Beim Test nach einer Reaktor-schaltung wurde festgestellt, dass sich ein Steuerstab vom Antrieb entkuppelt hatte. Zwei Vorkommnisse der Klasse A meldete auch das sicherheitsmässig «zufriedenstellende» PSI, nämlich eine Überschreitung der Wochen-Abgabelimite bei der Radiopharmaka-Herstellung und die explosive Entzündung eines angelieferten Abfallgemischs. TA, 13.7.89

Schweiz Atommüll und Brennelemente aus Schweizer Kernkraftwerken werden vorläufig nicht zur Endlagerung respektive Wiederaufbereitung nach China exportiert. Die Betreiber der fünf Kernkraftwerke wollen ihre entsprechenden Verhandlungen mit der Volksrepublik nach den Vorfällen [blutiges Niederschlagen von Demonstrationen durch die Regierung] in Peking abbrechen. Grundlage für den Atommüllexport wäre das Nuklearabkommen gewesen, welches die Schweiz im Sinne eines Rahmenvertrags über die Zusammenarbeit für die friedliche Verwendung von Kernenergie im vergangenen Sommer mit China abgeschlossen hatte. VR, 19.6.89

ATEL Bei einem Energieumsatz in Kilo-

wattstunden, der annähernd so gross war wie im Vorjahr, hat die Aare-Tessin AG für Elektrizität Atel im Geschäftsjahr 1988/89 den Ertrag gegenüber dem Vorjahr verbessern können. Den auf sie entfallenden Verlustanteil aus der Nichtrealisierung des KKW Kaiseraugst von 175 Mio. Fr. hat das Unternehmen per Ende 1989 abgeschrieben und zu diesem Zweck Rückstellungen für Energiebeschaffungsrisiken teilweise aufgelöst. Um diese wieder zu verstärken, stellte Direktionspräsident Ernst Trümpy an der Bilanzpressekonferenz nicht näher bezifferte Tarifierhöhungen – wenn auch nicht mehr im laufenden Jahr – in Aussicht. Die Atel als grösster Schweizer Stromhändler hat den Rekordenergieumsatz des Vorjahres auch im Geschäftsjahr 1988/89 beinahe wieder erreicht. Die Stromimporte – vor allem aus Frankreich – machten wiederum rund einen Drittel des gesamten Stromumsatzes aus. TA, 7.6.89

Kernkraftwerk Kaiseraugst AG Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, Olten, die gemäss einem am 26. Juni rechtskräftig gewordenen Bundesbeschluss eine Entschädigung von 350 Mio. Fr. erhält und nun sämtliche Aktivitäten einstellt, weist in ihrem Geschäftsbericht für 1988 ein Bilanztotal von 1,41 Mia. Fr. aus. Die nach Abzug der Entschädigung verbleibenden Passiven in der Höhe von rund 1 Mia. Fr. haben die Aktionäre im Verhältnis ihrer Beteiligung zu tragen. Auf der Aktivseite weist das Unternehmen für das Berichtsjahr einen Kostenanstieg von 54 Mio. Fr. auf 1,289 Mia. Fr. aus. NZZ, 6.7.89

ENERGIE SZENE SCHWEIZ

Nordwestschweiz «L'heure est grave», rief am 5. Juni abends Jean-Pierre Mouttet, Bürgermeister von Leymen [Frankreich], vor der elsässisch-schweizerischen Protestversammlung aus, zu der das Komitee gegen die Höchstspannungseitung (THT = très haute tension) eingeladen hatte. Das gemeinsame Projekt der Aare-Tessin AG Atel und der Electricité de France EDF sei ein krimineller Akt gegen die Natur, führte Mouttet aus. Als Vertreterin des Komitees nannte Jill Waeber (Witters-

wil) die Ziele der als Verein organisierten Organisation. Demnach soll der Bau der 400 000-Volt-Leitung, die durch geschützte Gebiete und teilweise über Wohnhäuser hinweg führen würde, verhindert werden. BaZ, 7.6.89

Mühleberg Ein in Mühleberg für Revisionsarbeiten beschäftigter Ausländer hatte einer österreichischen Zeitung geklagt, im Strahlenschutz des Kernkraftwerkes arbeite unqualifiziertes Personal, und die Hilfskräfte für Revisionsarbeiten seien man gelhaft über Gefahreinformiert. Die Mühleberg-Leitung dementiert die Vorwürfe ihres «Atomsöldners». Aber auch die eidgenössischen Behörden wollen der Sache jetzt nachgehen. Zwischen Abfallfässern, Gerüststangen und Plastikabschrankungen ist auf dem Bild ein Mann in weissem Overall von hinten zu sehen. Er trägt eine Mütze und Handschuhe und in der linken Hand einen Eimer. «Dieser spanische Arbeiter hält sich in einer Zone auf, für die er eine bessere Schutzausrüstung tragen müsste», steht unter dem Foto, «Vom Strahlenschutz ist niemand da, der ihm dies sagt. Die Schweizer Arbeiter halten sich hier nur mit Schutzmaske auf.» Solches erzählt der in Österreich lebende Amerikaner Maurice Shourot. Er hat das Foto und noch 120 ähnliche mit einer hineingeschmuggelten Kamera im AKW Mühleberg gemacht. «Die Strahlung dürfte hier maximal 25 Millirem betragen, gemessen habe ich aber 220», erklärte Shourot zu einem anderen seiner Geheimfotos. Überprüfen wollen den Fall auch die zuständigen Behörden: Berns Energiedirektor, Regierungsrat René Bärtschi, hat den Bernischen Kraftwerken, an denen der Kanton zu über 70 Prozent beteiligt ist, zum Vorfall mit dem «Atomsöldner» schriftlich kritische Fragen gestellt. Und die «Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen» in Bundesrat Adolf Ogi Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement befasst sich ebenfalls mit der Sache. Der Auslöser des ganzen Wirbels, Maurice Shourot, beharrt derweil auf seiner Darstellung der Vorkommnisse. Und die Bernischen Kraftwerke «prüfen rechtliche Schritte» gegen ihn. TA, 7.8.89

Würenlingen Die Gemeindeversammlung von Würenlingen (AG) hat den Vertrag mit den Betreibern des geplanten Zwischenlagers für mittel- und hochradioaktive Abfälle genehmigt. An der Versammlung vom 23. Juni war zuvor eine kommunale Volksinitiative gegen das Atommüll-

Zwischenlager verworfen worden. Die Stimmbürger des Aargauer Orts hatten über den während 25 Jahre gültigen Vertrag mit der Zwischenlager AG Zwiilag zu befinden, der eine jährliche Entschädigung von 815000 Franken für die Gemeinde vorsieht, sofern das Zwischenlager beim Paul-Scherrer-Institut PSI errichtet wird.

In ihrer Stellungnahme bedauert die Gesamtschweizerische Konferenz für die Stilllegung der AKW den Entscheid der Würenlinger Gemeindeversammlung. «Einmal mehr verkauft eine Gemeinde im Kanton Aargau Leben und Gesundheit der Bevölkerung für schnöden Mammon», heisst es in der Mitteilung. Der Entscheid sei «ein Affront gegenüber den zukünftigen Generationen, die am Freitag in Würenlingen nicht mitbestimmen konnten». Die schlechten Erfahrungen Würenlingens mit der Sondermülldeponie Bärengraben hätten der Gemeinde eigentlich zeigen sollen, «dass es sich nicht lohnt, für kurzfristige Vorteile langfristige Schäden in Kauf zu nehmen».

VR, 26.6.89

Am 6. Juli reichten die Gegner des Zwischenlagers auf der Gemeindekanzlei Würenlingen die für ein Referendum erforderlichen Unterschriften ein. NZZ, 10.7.89

Nagra/Uri Die Urner Regierung fordert den Bundesrat und die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle Nagra auf, bei der Wahl eines Endlagers für schwach- und mittlerradioaktive Abfälle alle möglichen Standorte gleich zu behandeln. In einem Brief an das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement EVED schreibt der Regierungsrat, dass «Gleichzeitigkeit und Vergleichbarkeit der Auswertungen» strikte beachtet werden müssten. Die Urner Regierung verweist in ihrem Schreiben auf die teilweise stockenden Vorabklärungen im Gebiet Bois de la Glaive (VD) und am Piz Pian Grand im Misox. Mit Besorgnis habe man im besonderen das schwindende Interesse der Nagra am Standort Piz Pian Grand zur Kenntnis genommen. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass die Nagra aus politischen oder finanziellen Überlegungen einen der möglichen Standorte bevorzuge. Die Urner Regierung hat im März 1984 eine erste Einsprache gegen das Projekt am Oberbauenstock eingereicht. Eine zweite, ergänzende Einsprache wurde im April dieses Jahres beim EVED deponiert. Beide Einsprachen sind zurzeit noch hängig. NZZ, 10.7.89

Grimsel Dem Ausbauder Grim-

selkraftwerke erwachsen weitere Schwierigkeiten: Die Koordinationsstelle für Umweltschutz KUS im Kanton Bern bezeichnet das Projekt in ihrem am 4. Juli veröffentlichten Bericht als «nicht umweltverträglich» und empfiehlt das Konzessionsgesuch zur Ablehnung. Eine Studie der Elektrowatt Ingenieurunternehmung besagt zudem, der Ausbau sei für die künftige Energieversorgung des Kantons Bern und der Schweiz nicht zwingend notwendig. Auch wird die Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt.

Mit der negativen Beurteilung der Umweltverträglichkeitsprüfung UVP setzt sich die KUS in Gegensatz zur UVP der Kraftwerke Oberhasli AG, die das Projekt als «bedingt umweltverträglich» bezeichnet. Die KUS weist auch darauf hin, dass die Prüfung der Umweltverträglichkeit der Konzessionsbehörde, in diesem Fall dem bernischen Grossen Rat, abschliessend obliegt. Diese könne, je nach Gewicht, das sie den wirtschafts- und energiepolitischen Interessen beimesse, zu einem anderen Antrag kommen – das Konzessionsgesuch also befürworten – als das KUS.

Die Ingenieure der Elektrowatt Ingenieurunternehmung AG bezeichnen in ihrem Bericht zwar die Erhöhung der Winterstromreserven als «für den Kanton Bern wünschenswert», weisen aber auch darauf hin, dass sich die realen mittleren Produktionskosten bis ins Jahr 2005 um rund 14 Prozent erhöhen würden. Im Hinblick auf diese Kostensteigerung müssten nach Meinung der Elektrowatt auch die alternativen Möglichkeiten der Winterstromerzeugung geprüft werden. Aus der Sicht der Leistungsverhältnisse im Kanton Bern erscheine die geplante Leistungserhöhung zudem als «nicht vordringlich», weil die heutigen Reserven und Ausstattungen mit Leistungen aus Spitzenkraftwerken als «hinreichend» bezeichnet werden könnten. VR, 5.7.89

Alpe Palü Die Kraftwerke Brusio AG KWB sind im Rahmen der Modifikation ihres Konzessionsprojektes 85 im Interesse des Umweltschutzes bereit, auf den Palüsee zu verzichten. Sie schlagen jedoch gemäss einer am 28. Juni veröffentlichten Mitteilung eine Kompensation des dadurch verlorengehenden Stauvolumens durch einen Höherstau des Lago Bianco auf dem Berninapass um sieben Meter über die im Projekt 85 vorgesehene Quote vor. NZZ, 30.6.89

Val Madris Quasi durch die Hintertüre und zuerst noch falsch gab die Bündner Regierung einen wichtigen Vorentscheid bekannt: Der Umweltbericht für

das Pumpwerk Val Madris spricht sich gegen das Projekt der Kraftwerke Hinterrhein aus. Die Chancen, dass dieses unberührte Bergtal eine Alp bleibt und kein Seegrund wird, sind damit stark gestiegen. Der Direktor der Kraftwerke Hinterrhein (an dem die Stadt Zürich auch beteiligt ist) nahm diese für ihn negative Kunde sehr gelassen entgegen. Da noch nicht alle Gutachten abgeschlossen seien (z. B. über die Fischerei), habe man noch gar keine Konzession eingereicht. Zudem sei noch unklar, ob der Kanton oder der Bund (was er wünscht) für die Konzessionserteilung zuständig sei, und somit habe dieses Gutachten der kantonalen Umweltfachstelle keine juristische Verbindlichkeit. Formal ist diese Argumentation durchaus korrekt. Nur ändert sie am für die Kraftwerksbetreiber aufgebauten Hindernis nichts, die im Val Madris sommerlichen Billigatomstrom in teuren Winterspitzenstrom verwandeln möchten. Val Madris darf aus Rücksicht auf die Umwelt nicht gebaut werden. Sich über dieses Gutachten der Bündner Fachstelle politisch hinwegzusetzen, dürfte weder für den Kanton noch für den Bund so ganz einfach sein. VR, 2.6.89

Kanton Bern Voraussichtlich ab 1991 führen die Bernischen Kraftwerke AG BKW auch für ihre Detailabonnenten die vor 20 Jahren abgeschaffte saisonale Differenzierung der Tarife wieder ein. Die Neuregelung soll zusammen mit der erwarteten Tarifierhöhung zum Tragen kommen. Der Winterstrom wird voraussichtlich pro Kilowattstunde rund zwei Rappen teurer sein. NZZ, 20.6.89

Stadt Zürich Eine neue Tarifstruktur des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich EWZ und höhere Strompreise sollen einerseits das Stromsparen fördern und andererseits die Ertragskraft des EWZ langfristig sichern. Entsprechende Beschlüsse hat der Stadtrat am 7. Juni gefasst. Zu den Neuerungen gehören progressive Tarife, die mit dem Mehrverbrauch steigen sowie die Einführung eines Sommer- und eines Wintertarifes. Im Sommerhalbjahr, wenn reichlich Strom aus Wasserkraftwerken zur Verfügung steht, wird der Strombezug günstiger sein als im Winterhalbjahr. Der günstige Nachtтарif im Winter soll abgeschafft werden. TA, 8.6.89

TA Tages-Anzeiger, VR Volksrecht, NZZ Neue Zürcher Zeitung, BaZ Basler Zeitung